

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1852

2.7.1852 (No. 154)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 2. Juli.

N. 154.

Vorauszahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.
Einkaufsgebühr: die gepaltene Petitzelle oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1852.

Auf das mit dem 1. Juli begonnene **dritte Quartal** der Karlsruher Zeitung nehmen alle Postämter Deutschlands und der Schweiz Bestellungen an.

Für Frankreich abonniert man bei Hrn. G. Alexandre (Brandgasse Nr. 28) in Straßburg.

Dienstnachricht.

Karlsruhe, 1. Juli.

Seine königliche Hoheit der Regent haben unterm 29. Juni 1852 den Registraturgehilfen Friedrich Vahl zum Kriegs-Ministerial-Registrator allergnädigst zu befördern geruht.

Die Neuenburger Frage.

Seitdem bekannt geworden, daß die Großmächte von neuem die Souveränität Preußens über den Kanton Neuenburg anerkannt haben, ist das Verhältnis Beider zu einander der Gegenstand vielfacher Besprechungen in der Presse geworden. Namentlich haben Schweizer Blätter zu beweisen gesucht, daß die Schweiz der Krone Preußen niemals ein Souveränitätsrecht über Neuenburg zuerkannt habe. Sie weisen dabei besonders auf folgende Artikel der Vereinigungs-urkunde vom 19. Mai 1815 hin:

Art. 1. Der souveräne Stand Neuenburg ist in der Eigenschaft als Kanton in die schweizerische Eidgenossenschaft aufgenommen. Diese Aufnahme findet unter der ausdrücklichen Bedingung statt, daß die Erfüllung aller Verpflichtungen, welche der Stand Neuenburg als Mitglied der Eidgenossenschaft übernimmt, die Betheiligung jenes Staates an der Beratung über die allgemeinen Angelegenheiten der Schweiz, die Genehmigung und die Vollziehung der Tagungsbeschlüsse, ausschließlich die in Neuenburg residirende Regierung betrifft, ohne irgend welcher weiteren Ratifikation oder Sanktion zu bedürfen. Art. 2. Der Kanton Neuenburg unterwirft sich allen Bestimmungen des eidg. Bundes und beschwört dieselben gleich den andern schweizerischen Ständen. Art. 6. Durch die Ratifikation dieses Aktes ist die Verbindung vollzogen und endgültig auf immer und ewige Zeiten beschloffen. Eben so erwähne die Anerkennungs- und Gewährleistungsurkunde der immerwährenden Neutralität der Schweiz und der Unverletzbarkeit ihres Gebietes vom 20. Nov. 1815 des Verhältnisses Neuenburgs zu Preußen mit keinem Worte, wohl aber erwähne sie ausdrücklich der neuen Grenzen der Schweiz.

Daraus wird dann folgender Schluß gezogen:

Preußen hat demnach auf Grund der fünfzehner-Verträge kein Souveränitätsrecht auf Neuenburg zurückzufordern, weil ihm von diesen kein solches zuerkannt worden ist; gegen Ansprüche anderer, mehr privater Natur, wenn sie rechtlich begründet werden können, wird kein erhebendes Volk, so wenig als ein aufrecht stehender Private gegen seine Schulden, etwas einwenden, und es haben die Schweizer schon bei ihrer ersten uralten Emanzipation zwischen Staatsrecht und Privatrecht zu unterscheiden verstanden.

Es sind nun aber, sagt die „Basl. Ztg.“, die oben erwähnten Urkunden keineswegs die einzigen, welche das Verhältnis Neuenburgs betreffen. Wir erwähnen hier nicht des Art. 23 der Wiener Kongressakte, welcher in London als maßgebend angesehen zu werden scheint, wir beschränken uns darauf, dem Abschiede der langen Tagung von 1814 und 1815 einige Thatsachen zu entnehmen, welche zeigen, wie damals die Eidgenossenschaft die Frage aufgefaßt hat. Am 14. April wandten sich die Gesandten von Oesterreich, Preußen und Rußland an die Tagung, um Neuenburg in den Bundesverein aufnehmen zu lassen. Die Tagung überwiegt die Frage ihrer diplomatischen Kommission; auf deren Bericht hin empfahl sie am 17. Mai den Ständen das Aufnahmengesuch. Aber in Betrachtung, „daß eine solche Unterhandlung mit einem Land, welches in ganz andern Staatsverhältnissen steht, als die Kantone, große Vorsicht erfordert, damit der zu errichtende Verband in der Form eben so legal als in seinen Wirkungen und Resultaten auf den von der Kommission vorgeschlagenen Pfad hinleite“, wurde zugleich die Zuversicht ausgesprochen, „es werde von Seite des Staates Neuenburg vor der Unterhandlung selbst der genügende Beweis geleistet werden: a) daß er für sich als ein von der preussischen Monarchie völlig abgesonderter, unveräußerlicher und untheilbarer Staat bestehe; b) daß Se. Maj. der König von Preußen die Regierung von Neuenburg als kompetent anerkennen, über die Vereinigung dieses Landes mit der Schweiz und dessen Aufnahme in den eidgenössischen Verein als verbündeter Kanton abzuschließen; c) daß in Folge dessen die Regierung in Neuenburg diejenigen Verpflichtungen, die sie als eidgenössischer Stand eingehen würde, von sich aus allein erfüllen würde.“

Eine Urkunde des Königs von Preußen, d. d. London, 18. Juni 1814, erklärte hierauf, daß, um seinen Unterthanen von Neuenburg einen neuen Beweis seines Wunsches zu geben, immer mehr zu ihrem Glücke beizutragen, er seinen Staatsrath seines Fürstenthums Neuenburg ermächtigte, über den Beitritt zur Eidgenossenschaft zu unterhandeln, und daß in

Folge dieses Entschlusses die Vollziehung der Verpflichtungen Neuenburgs als Bundesglied einzig die Regierung in Neuenburg selbst angehe, und daß in Betreff der allgemeinen Geschäfte der Schweiz, der Form ihrer Behandlung und der Theilnahme an ihrem Resultat Neuenburg sich in die gleiche Stellung wie andere Kantone verhalte.

Diese Urkunde wurde der Tagung vorgelegt und findet sich im Abschied von 1814 — 1815 Band III. S. 662. Am 12. Sept. 1814 erklärte darauf der Präsident der Tagung im Hinblick auf die kön. Erklärung, es sei hiemit Das, was die Tagung am 17. Mai gewünscht, wirklich auf eine genügende Weise geleistet. Auf diese Grundlage fanden hierauf die Verhandlungen statt, die zur oben erwähnten Vereinigungsurkunde führten. Demgemäß wurde auch die monarchische Verfassung des Landes nach Art. 1 des Bundesvertrags unter eidgenössische Garantie genommen, und zwar ohne irgend einen Vorbehalt; das vom König von Preußen d. d. Wien, 26. Dez. 1814 ertroyirte Reglement für die audiences générales des Fürstenthums Neuchâtel wurde der Tagung mitgetheilt, und dieselbe nahm daran so wenig einen Anstand, daß vielmehr das Protokoll vom 8. Febr. 1815 (Abschied II. S. 394) sagt: „Die Tagung vernahm mit Vergnügen diese Mittheilung, und da die gedachte Verordnung einen neuen Beweis liefert von der väterlichen Fürsorge Sr. Maj. für das fortdauernde Wohl des Staates Neuenburg, so wurde einmüthig beschlossen, dem Staatsrath (von Neuenburg) durch eine verbindliche Rückantwort diese theilnehmenden Gesinnungen der Bundesbehörde bezeugen zu lassen.“ Wer sich näher für die Frage interessiert, wird überhaupt in dem mehrerwähnten Abschied, dessen Zusammenstellung man dem Feiße des Hrn. Kanzlers Am Rhyn verdankt, noch manche belehrende Aufschlüsse finden. Wir beschränken uns für einmal auf das Mitgetheilte, jedem Leser überlassend, seine Schlüsse daraus zu ziehen.

Deutschland.

* **Mosbach**, 30. Juni. Seit dem 27. d. haben wir hier eine Mission, welche von den P.P. Roth, Damm und Frizzini abgehalten wird und eine ganz ungewöhnliche Theilnahme von Seiten der hiesigen und benachbarten Bevölkerung findet.

— **Vom Rhein**, 30. Juni. Im Jahr 1851 sind im Mittelrheinkreis 35 Personen durch Unvorsichtigkeit verunglückt, darunter 15 Personen durch Ertrinken in Flüssen, Bächen und Zubern, 3 Personen durch Herabstürzen von Zwischenböden und Garbenlöchern, 2 Personen durch Herabstürzen von Leitern und Gerüsten, 4 Personen durch Zusammenstürzen von Mauerwerken bei Wegnahme von Gerüsten etc. Man sieht, daß die oft wiederholten Mahnungen bei manchen Menschen nichts nützen. So erfahren die Kinder schon in der Schule, daß man bei Gewittern nicht unter Bäumen Schutz suchen soll, und doch bringt jedes Jahr Unglücksfälle in Folge des Unterstehens unter Bäume während des Gewitters; das vor uns liegende Verzeichniß der Unglücksfälle vom Jahr 1851 bringt zwei Fälle, wo Personen unter Bäumen vom Blitz erschlagen wurden. — Der jüngst in diesen Blättern mitgetheilte Zahl der in den letzten zwei Jahren heimlich aus Rußland Entwichenen können wir eine neue beifügen. Der bekannte Demokrat, Bierbrauer Schleining er ist in den letzten Tagen durchgegangen, nachdem er noch nebst Anderen einen braven Mann, der ihm und seiner Familie in der äußersten Noth mit seinen eigenen geringen Mitteln beigegeben, um mehr als 100 fl. geprellt. Stadt und Land verlieren zwar durch derlei Entweichungen Nichts, aber Einzelne müssen freilich oft durch solche Gleichmacher Schaden leiden. Schleining er war bekanntlich ein Genosse Comlosky's und hat schon im Jahr 1848 in Rußland sein demokratisches Unwesen getrieben.

* **Rastatt**, 30. Juni. Die Hh. Siegmund und Rhode unterhielten uns vorgestern Abend im Museumsaal mit Darstellung geologischer und astronomischer Bilder. — Erstere, die sich in den allmählig sich verwandelnden Nebelbildern recht artig ausnehmen, sind anziehend und belehrend und gewannen, hier wenigstens, der gesammten Mineralogie viele Freunde; von den astronomischen Bildern läßt sich Dasselbe nicht durchweg sagen, und einige derselben, wie z. B. die Bilder, welche die Mondphasen und den Wechsel der Jahreszeiten erklären sollten, sind eher geeignet, die Vorstellungen zu verwirren, als zu berichtigen. Es wird indeß nie recht glücken wollen, dem Unkundigen durch Darstellungen in der Ebene eine richtige Vorstellung jener Erscheinung zu erwecken. Warum wir bei diesen Vorstellungen noch Gesänge und Vorlesungen aus alten Didaskalien unter dem Namen eines großen Kongresses mit anhören mußten, wodurch der Eintrittspreis gesteigert und daher mancher Wisbegierige vom Besuche zurückgehalten wurde, ist uns nicht ganz begrifflich.

* **Aus dem Söhgau**, 28. Juni. (Schw. M.) Im Schlosse von Bodmann wurde ein bedeutender Fund gethan. Der Wandstrank im Bedientenzimmer sollte erweitert werden, und man stieß beim Herausbrechen der Mauer auf ein Kistchen, das in blanken Louis'd'ors eine sehr beträchtliche Summe enthalten haben soll.

Man spricht da und dort in unserer Gegend mit mehr oder weniger, zum östern aber ganz ohne Grund vom Auftreten der Kartoffelkrankheit. Wir haben uns vielfach überzeugt, daß der Stand der Kartoffeln bis anher nur ein befriedigender ist, sowie auch die Halmfrüchte Aussicht auf eine sehr reichliche Ernte gewähren; besonders üppig stehen die Gerstfelder, die bei uns eine große Ausdehnung haben. Die Reben haben trotzdem, daß den Winter über viel Holz erfroren ist, viele Trauben getrieben, welche zu blühen angefangen haben. Die Heuernte ist im Gange, aber durch die fast täglichen Strichregen gehemmt. Die Ausbeute wird im Durchschnitt eine mittlere werden. Der Anbau von Weischofen, für den sich unsere klimatischen Verhältnisse vorzüglich eignen, gewinnt allmählig eine immer größere Ausdehnung. Der Zug von Lustreisenden in und durch unsere Gegend, welche auf ihren Bergwegen die reizendste Aussicht gewährt, ist seit dem Frühjahr ein ungewöhnlich großer.

* **Stuttgart**, 29. Juni. Das Finanzministerium hat zur Beschränkung des Postdienstes an Sonn- und Festtagen eine Verfügung erlassen, „um die Feier dieser Tage zu fördern und den im äußern Postdienste angestellten Beamten und Dienern mehr Gelegenheit zur Theilnahme an dem öffentlichen Gottesdienste zu geben.“ Die Schalter bleiben während des Vor- und Nachmittags-Gottesdienstes geschlossen, und auch das Austragen der Postsendungen unterbleibt nicht nur zur Zeit des Vormittags-Gottesdienstes, sondern auch von 2 Uhr Nachmittags an für den ganzen Rest des Tages, von welcher Bestimmung jedoch Expresbriefe ausgenommen sind.

* **München**, 28. Juni. Durch königliche Verordnung vom 23. d. sind auch in Bayern die halben und viertel Kronenthaler vom 1. Aug. d. J. an außer Kurs gesetzt worden.

* **Frankfurt**. Das „Journal de Francfort“ äußert sich in einem Leitartikel unter Anderm folgendermaßen über den Stand der Zollfrage: Was Preußen betrifft, so sind wir weit entfernt, zu behaupten, daß man von ihm fordern solle, einen Weg zu verlassen, der ihm einerseits durch seine besonderen Interessen, andererseits durch die Stimmung des Volks und die öffentliche Meinung vorgezeichnet ist. Es wird ihm nicht möglich sein, dem von der Darmstädter Konferenz gegebenen Impuls von heute auf morgen zu folgen. Indessen wird man nicht läugnen können, daß die preussische Regierung aufrichtig eine Verständigung über eine Angelegenheit wolle, deren Lösung wesentlich zur Befestigung des gemeinsamen Vaterlandes beitragen würde. Es handelt sich folglich davon, ein Mittel zu finden, durch welches die Auflösung des Zollvereins verhütet und die Möglichkeit einer künftigen allgemeinen Zollvereinigung aufrecht erhalten werden kann. Dieses Mittel kann kein anderes sein, als der Abschluß eines Handelsvertrags zwischen Oesterreich und dem Zollverein. Dies ist der Zweck, den sich Oesterreich für den Augenblick vorgesetzt hat, und ein Resultat, dem Preußen nicht entgegen ist. Oesterreich fordert nur, daß dieser Handelsvertrag nur der Anfang des Endes der gegenwärtigen Krisis sei, und nicht das Ende selbst.

* **Frankfurt**, 26. Juni. (Fr. Z.) Bereits gegen Ende vorigen Jahres wurde der Bundesversammlung von dem Militärausschuß ein Entwurf von Bestimmungen, betreffend den militärischen Gerichtsstand der Bundesstruppen in Strafsachen, vorgelegt. Die Bundesversammlung beschloß zuvörderst, die Erklärungen der verschiedenen Regierungen einzuholen. Diese sind demnach eingegangen. Gegen den Entwurf überhaupt haben sich die Niederlande für Luxemburg und Limburg, und ebenso Oldenburg erklärt; die übrigen Staaten haben mehrfache Abänderungen in dem Entwurf vorgeschlagen. Diese hat der Militärausschuß so weit als thunlich berücksichtigt und danach einen modifizirten Entwurf vorgelegt. Derselbe enthält einige nähere Vorschriften zu dem §. 94 der Kriegsverfassung des Deutschen Bundes, nach welchen die in den Kriegsartikeln nicht genannten Verbrechen und Vergehen nach den bei den Kontingenten der einzelnen Staaten gültigen Gesetzen bestraft werden sollen. Es ist namentlich bestimmt, daß die zu Bundeszwecken zusammengezogenen Bundesstruppen den militärischen Gerichtsstand in Strafsachen jeder Art, also auch in Injurien- und Polizeisachen, so wie bei Zoll- und Steuerkontraventionen haben sollen. Deswegen sind die Gerichts- und Polizeibehörden verpflichtet, von solchen strafbaren Handlungen der Militärpersonen dem betreffenden Militärgericht die erforderliche Anzeige zu machen; sie können jedoch, wenn Gefahr im Verzuge ist, die erforderlichen Sicherheitsmaßregeln vornehmen. Eine definitive Beschlußfassung über diesen Entwurf hat noch nicht stattgefunden. — Wenn ein hiesiges Blatt meldet, daß die beiden Bundes-Präsidenten bereits an die Regierungen zur Erklärung übersandt seien, so entbehrt diese Nachricht der Begründung. Wie man vernimmt, ist der preussische Entwurf bisher noch nicht gedruckt; es hat jedoch schon eine Sitzung des politischen Ausschusses in der Pressefrage in den letzten Tagen stattgefunden.

* **Saarau**, 30. Juni. Vor kurzem wurde sämtlichen Gymnasiallehrern ein Revers zur Unterzeichnung vorgelegt, welcher die Erklärung enthielt, daß der Lehrer beim Unterricht nicht gegen die christlich-ewangelische Religion wirken,

vielmehr insbesondere die Schüler für die Bekenntnisse der Kirche erziehen wolle, wobei der Zweck des hiesigen Gymnasiums als kirchlich-ewangelische Anstalt in Rücksicht gezogen war. Die Unterschrift wurde jedoch von fünf Lehrern verweigert, von denen aber drei nach gegebener Bedenkfrist die verlangte Erklärung abgaben. Zwei derselben, Dr. Hasselbach und Jung, sind nun, weil sie auf ihrer Weigerung beharrten, suspendirt, und wird ihnen derjenige Theil ihres Gehaltes eingekalten, welcher zur Vernehmung ihrer Stellen durch Andere erforderlich ist.

Bremen, 28. Juni. Die Verfassungen und Verbände wegen des „Totentodes“ dauern noch fort. In den letzten Tagen ist u. A. ein dortiger Bürger, der noch unlängst (als Deputationsmitglied) Administrator der Gefängnisse und des Zucht- und Werkhauses war, verhaftet, und die Verhaftung eines andern dortigen Bürgers, der eines der hervorragendsten Mitglieder der Linken der aufgelösten Bürgerschaft war, angeordnet worden. Indes hat derselbe sich mit seiner Frau von Bremen entfernt. Auch ein Lehrer an einer Bremer Erziehungsanstalt, kein Bremer von Geburt, ist wegen mißliebiger schriftstellerischer Thätigkeit verhaftet worden. Drei Mitglieder der Linken der ehemaligen Bürgerschaft, die H. Dr. Schulz, Wischmann und de Laubell, haben überdies Verbände zu bestehen gehabt.

Berlin, 27. Juni. In ihrer gestrigen Sitzung hat sich die Zollkonferenz mit der dritten Vorlage beschäftigt, welche die zollfreie Einfuhr von Getreide und Hülsenfrüchten in Zeiten betrifft, in welchen der Roggen den Preis von 3 Rthlrn. erreicht. Für den Augenblick kommt es darauf an, sich über die Dauer des Zeitraums zu vereinigen, während dessen die in diesem Frühjahr beschlossene Zollbefreiung gelten soll. Die preussische Regierung hat den 1. Oktober als Schlußtermin bezeichnet; andere Mitglieder des Zollvereins haben sich bisher in dieser Hinsicht noch gar nicht geäußert. Die Besprechungen über den Septembervertrag haben vorläufig ihr Ende erreicht und die nächsten Sitzungen werden ein um so geringeres Interesse haben, als die Nebenkonzession in Wien die Bevollmächtigten für Nassau und Würtemberg den hiesigen Konferenzen entzieht. Die übrigen Mitglieder der „Koalition“ schicken besondere Vertreter nach Wien. Die Mitte des nächsten Monats wird von ihr als Wendepunkt bezeichnet, der die Entscheidung bringen soll.

In Folge der beschlossenen Vergrößerung des Offizierkorps der preussischen Armee haben 16 derjenigen Offiziere, welche aus der preussischen in die schleswig-holsteinische Armee übertraten, resp. als Hauptleute und Premierleutnants wieder in der preussischen Armee Verwendung gefunden, darunter der Major v. Steyber, die Hauptleute v. Hagens und Krohn u. Donner, Kapitän zur See, vorläufig in der diesseitigen Marine angestellt, ist definitiv als solcher bestätigt worden.

Berlin, 29. Juni. Der Ministerpräsident, der so eben (Abends 7 Uhr) hier wieder eingetroffen ist, wird sich für die Zeit der Reise Sr. Maj. des Königs in der Provinz Preußen, also während der ersten Hälfte des August, wieder auf seine Güter begeben. Bis dahin wird der Unterstaatssekretär v. Lecoq von seiner Vabereise zurückgekehrt sein.

Hiesige Blätter wollen wissen von Vorbereitungen Seitens des Hofmarschall-Amtes zur Feier des Geburtstages Sr. Maj. der Kaiserin von Rußland. An der betreffenden Stelle weiß aber in der That Niemand etwas davon; noch haben die Bestimmungen keine Veränderungen erfahren, nach welchen Sr. Maj. der König und Sr. Maj. die Kaiserin am 4. k. M. vom Rhein hier eintreffen, und Sr. Maj. die Kaiserin am 10. von hier über Stettin nach St. Petersburg zurückkehrt. Sr. Maj. der Kaiser wird am 8. in Sanssouci erwartet, doch dürfte nach den bisherigen Erfahrungen dieser Termin nicht der genaueste sein.

Der Regierungsrath Dypmann (bisher in Merseburg), welcher schon während der Kammer Sitzung in das landwirtschaftliche Ministerium eingeführt war, und zwar damals noch als Hilfsarbeiter, weil derselbe im Falle einer Ernennung sein Mandat als Abgeordneter zur Zweiten Kammer hätte niederlegen müssen, ist jetzt dem Vernehmen nach zum Geh. Regierungsrath und vortragenden Rath in diesem Ministerium ernannt worden.

Die polizeilichen Kongresse, wie in diesem Augenblicke einer in Wien abgehalten wird, bewähren sich allerdings als eine recht praktische Einrichtung, sind aber durchaus nicht ein Ergebnis nachmiltärischer Zeit; betreffende Unterhandlungen sind wohl schon seit 20 Jahren geführt worden, bedurften aber zu ihrer Reise der Tage der Noth, wie sie namentlich die Jahre 1848 und 1849 brachten. Sie werden gebraucht als Ersatzmittel für eine schwer zu Stande zu bringende deutsche Zentralpolizeistelle.

Man beschäftigt sich hier bereits wieder lebhaft mit der Frage, ob schon jetzt ein definitives Wahlgesetz für die Zweite Kammer (bisher gilt bekanntlich nur ein provisorisches) erlassen werden soll. Die richtige Ansicht dürfte wohl auf Seiten Derer sein, welche meinen, daß, wenn das neue Wahlgesetz auf demselben Prinzip beruhen soll, wie das provisorische, es vortheilhaftester wäre, das letztere fortzusetzen zu lassen; daß aber, wenn dem neuen Wahlgesetz ein anderes Prinzip unterliegen soll, auch andere Unterlagen vorhanden sein müssen, wie die Gemeinde-, Kreis- und Provinzialordnung, diese Unterlagen aber zur Zeit noch fehlen.

Gelegentlich theilt die „Ep. Ztg.“ mit, daß die Errichtung eines Neuplages in Berlin von Seiten aller Theilhaber hier sehr eifrig betrieben, und unter der Gunst und Zustimmung der Behörden wahrscheinlich zu einem glücklichen Ende geführt werden wird.

Berlin, 30. Juni. (Tel. Dep. d. Fr. Bl.) Der auf heute bei dem hiesigen Obergericht angelegte Termin zur endlichen Entscheidung der Hassenpflug'schen Prozeßangelegenheit wurde abermals zurückgesetzt, und auf den 12. Juli d. J. ein neuer Termin bestimmt.

Liegnitz, 25. Juni. (Br. Z.) Wie wir vernommen, haben diejenigen hiesigen Dissidenten, welche früher ihre

Kinder in die später von Seiten der Polizei aufgelöste deutschkatholische Schule schickten, in diesen Tagen die definitive Weisung erhalten, binnen drei Tagen nachzuweisen, ob ihre Kinder gegenwärtig wieder eine Schule besuchen, widrigenfalls sie sich der Gefahr aussetzen, eine Strafe von 20 Sgr. bezahlen zu müssen.

Wien, 27. Juni. Die „Dest. Corr.“ bemerkt, Se. Maj. der Kaiser werde nach dem festgesetzten Programm vom 26. d. M. bis 2. Juli Stuhlweissenburg, Fünfkirchen, Bessyrim, Raab, Komorn besichtigen. Nach mehrtägigem Aufenthalte zu Ofen erfolgt die a. h. Reise nach den Bergstädten. Künftigen 15. — 16. Juli wird die Vereisung der Militärgrenze und des Kraßauer Distriktes, vom 20. Juli bis 3. August der Aufenthalt in Siebenbürgen stattfinden. Vom 3. — 13. August wird Munkacs, Nagy-Banya, Ungvár, Kaschau, Eperies, Leutschau, Rosenberg, Sillein, Trentschin, Tyrnau, Preßburg besucht und hierauf die a. g. Rückfahrt nach Wien angetreten.

Sicheren Nachrichten zufolge, heißt es in der „Agr. Ztg.“, mehrt sich die Zahl der bosnischen Auswanderer immer mehr, und es stehen noch neue Einwanderungen auf unserm Gebiet bevor.

Der neue österreichisch-türkische Zollvertrag ist bereits ratifizirt und ist auch die Auswechslung der betreffenden Instrumente schon erfolgt. Die Publizierung der betreffenden Bestimmungen dürfte sonach bevorstehend sein.

Es sollen, wie der „Kloyd“ verläßlich vernimmt, die Verhandlungen zwischen Oesterreich und der Pforte in Betreff der Christenverfolgung in Bosnien bereits zu dem gewünschten Resultate geführt haben und von Seite der Pforte eine Kommission zur Untersuchung dieser Angelegenheit ernannt worden sein.

Der Ministerialrath Ritter v. Neuwall und der k. f. Hauptmann v. Segenschmid, welche mit Liquidation für Verpflegung der von 1850 bis 1851 in Norddeutschland stationirt gewesenen österreichischen Truppen beauftragt waren, sind nach nunmehriger Beendigung ihrer Geschäfte zurückgekehrt.

Zur Charakteristik jener interessanten altherkömmlichen Gebräuche, zu deren Hervortreten die Reise Sr. Maj. des Kaisers vielfach Veranlassung gibt, möge nachstehende Notiz über den Aufenthalt Allerhöchstdeselben in Jas-Berey hier eine Stelle finden. Während der daselbst abgehaltenen Hofstafel erschien nämlich auch eine Volksdeputation mit dem elfhundert Jahre alten Lehelhorn, um den Dank aller Bewohner des Distriktes für den Besuch des Monarchen ehrfurchtsvoll auszusprechen, worauf Sr. Maj. den alterthümlichen Pokal zu ergreifen und den dargebrachten Toast durch einen Trunk auf das Wohl der treuen Jagdzier und Kumanen zu erwidern geruhten. Nach der Tafel nahmen Sr. Maj. die herkömmlichen ländlichen Geschenke aus den Händen der Jungen und Mädchen aus dem Volke an, worauf ein junges, an demselben Tage getrautes Ehepaar 50 Dufaten zum Brautgeschenke erhielt. Später besuchte der Kaiser noch zu Fuß jene Gegenden, wo die Vergnügungen des Landvolkes unter Musik und Tanz stattfanden. Gleich nach der Ankunft des Kaisers in Jas-Berey lagerte sich die Bevölkerung auf dem Marktplatz; zwanzig Eimer Wein rannten durch die Pipe, und ein zierlich gepuzter Dohse ward zum Dpfer ausgerufen.

Schweiz.

Bern, 28. Juni. (B. Bl.) Die Nationalsubskription zur Tilgung der Sonderbunds-Kriegsschuld ist geschlossen. Obgleich das Resultat noch nicht offiziell bekannt ist, so wird die Summe nicht höher als auf 200,000 Fr. steigen, und die Schuld beträgt noch 1,900,000 Fr.! Schwerlich wird die Bundesversammlung den Rest schenken. Der größte Kanton Bern hat sich mit der geringsten Summe beteiligt. Während Baselftadt 35,000 Fr., der Kanton Zürich 50,000 Fr. zeichnete, beläuft sich die im ganzen Kanton Bern unterschriebene Summe nicht einmal auf 10,000 Fr.

Es wurde schon mitgetheilt, daß die Berner Studentenverbindung Helvetia eine Zuschrift an den aufgehobenen Grütliverein erlassen, und ihm darin nicht nur das schmerzliche Bedauern über den Aufhebungsbeschuß, sondern auch die lebhafteste Hoffnung ausgesprochen hat, daß die gegenwärtigen Zustände nicht lange dauern, und das Volk sich bald wieder zur Abschüttelung des auf ihm lastenden Joches ermannen werde. Die Erziehungsdirektion hat nun den akademischen Senat angefragt, ob man nicht den Antrag und die Unterzeichner der Zuschrift mit der Strafe der Relegation belegen solle. Der Senat hat diese Frage verneint, dagegen beschlossen, den betreffenden Studierenden in Gegenwart der Dekane durch den Rektor einen strengen Verweis geben zu lassen.

Bei der Studenterversammlung, welche vor einigen Tagen gehalten wurde, um eine Petition an die Bundesversammlung wegen Errichtung einer eidgenössischen Hochschule zu stellen, sprachen die Mitglieder des konservativen Zönggervereins entschieden gegen ein solches Institut; die Petition wurde jedoch beschloffen.

Italien.

Turin, 26. Juni. Das neue Bankgesetz, wonach das Kapital der Bank von 8 auf 32 Millionen erhöht werden soll, ist von der Kammer mit 94 gegen 22 Stimmen angenommen worden.

Während der König von Neapel seinen Gesandten von Turin zurückberief, hat die sardinische Regierung ihrem Gesandten in Neapel, dem Grafen Collobiano, die Weisung erteilt, sich auf seinen dortigen Posten zu begeben.

Man schreibt aus Rom vom 19. Juni, daß der Papst auf den Vorschlag des Justizministers den zur Haft und zu öffentlichen Arbeiten Verurtheilten 6 Monate ihrer Strafe erlassen hat. Nur Diejenigen, die wegen Diebstahls, Fälschung und Majestätsbeleidigung verurtheilt waren, sind ausgenommen.

Frankreich.

Paris, 29. Juni. Die Beifallsbezeugungen, womit der gesetzgebende Körper die Botschaft des Präsidenten der Republik aufgenommen hat, sind dem „Moniteur“ nicht entgangen; er bemerkt namentlich auch, daß dieselben jener Stelle zu Theil geworden seien, in der an die dem Senat beigelegte Befugniß erinnert wird, etwaige von der Erfahrung dargelegte Mängel der Verfassung zu verbessern. Das amtliche Organ der Regierung meint, man habe darin einen neuen Beweis von der Mäßigung des Prinz-Präsidenten, sowie auch von der Stärke der Verfassung gesehen. War schon an sich die in dem Kammerabschied (Denn der Sache nach ist die Botschaft von gestern nichts Anderes) enthaltene Anspielung auf eine mögliche Revision der Verfassung eine bemerkenswerthe Erscheinung, so gewinnt sie durch die Sprache des „Moniteurs“, der sie als eine dem gesetzgebenden Körper besonders willkommene Verheißung hervorhebt, noch sehr an Bedeutung. Doch würde man sich sehr irren, wenn man an eine nahe Abänderung der Verfassung vom 15. Jan. glauben wollte; es scheint vielmehr gewiß, daß der gesetzgebende Körper sich in seiner nächsten Session nochmals in ihren Formen bewegen muß, ehe der Senat zur Abstellung ihrer Mängel veranlaßt werden wird. Auch steht kaum zu hoffen, daß unter diesen Mängeln auch die geringe Öffentlichkeit der Verhandlungen, die vielen Abgeordneten ganz besonders un bequem ist, einbezogen sein wird. Man wird höchstens im Amendementsrecht und in den Beziehungen zu den Ministern den Abgeordneten etwas mehr Unabhängigkeit sichern, und das Uebrige lassen, wie es ist. Das Wichtigste ist nur die aus der Botschaft und dem „Moniteur“ hervorgehende Thatsache, daß der parlamentarische Geist, obschon er diesmal in lauter Anhängern der Regierung verkörpert ist, sich doch schon in den Schranken der Januar-Verfassung bewegt fühlt, und daß die Regierung gerade nicht mit starrem Widerstand dem unruhigen, nach Ausdehnung und Macht strebenden Versammlungswesen entgegentritt. — Sonst hat die gestrige Botschaft durchaus nicht verwirklicht, was gerüchweise von ihr angekündigt worden war; statt streng ist sie höflich, statt drohend nachgebend, statt inhaltschwer kurz und arm an Zündstoff. Man fühlt sich deshalb im Publikum etwas enttäuscht; aber da das aufregende Politisieren nicht mehr an der Tagesordnung ist, so weiß man dem Präsidenten der Republik beinahe Dank, den Gemüthern alle Erregung erspart zu haben. Nur fühlen sich die Pariser, wie es scheint, nicht sehr geschmeichelt, als gezähmte Löwen in der Botschaft zu figuriren. Auf das französische Nationalgefühl wohl berechnet war (wenn man aus einzelnen Aeußerungen einen Schluß ziehen darf) die Empfehlung der neuen Verfassung als eines durchaus einheimischen Gewächses. Es ist ganz derselbe Gedanke, den der Präsident der Republik schon in der berühmten Brochüre über die Revision der Verfassung, die kurz vor dem Staatsstreich erschien, ausdrückte: daß nämlich alle bisherigen Verfassungen Frankreichs ausländische Pflanzen gewesen seien, die hier nicht gedeihen konnten. Es ist zu bedauern, daß kein einziges der unabhängigen Organe der öffentlichen Meinung sich befügt glaubt, ein Wort über die Botschaft zu sagen. Die Regierungsblätter allein erlauben sich etwas, was wie Raisonnement ausieht. Namentlich fällt es auf, daß der „Constitutionnel“ über die Botschaft das tiefste Stillschweigen beobachtet. Hr. Béron ist in Auteuil und schmolzt.

Der Gesamtvorschlag des Budgets für 1853 ist am Schlusse der gestrigen Sitzung mit 214 gegen 1 Stimme angenommen worden.

Die Redakteure der Zeitungen haben Ferien, denn die Sitzungsprotokolle lassen keinen Platz für ihre Artikel.

Die Insurrektion der Araber in der Provinz Constantine gewinnt immer mehr an Ausdehnung und scheint mit einer allgemeinen Verschwörung in Verbindung zu stehen, deren Spuren man in Ohelma entdeckt hat, was die Gefangennehmung von 20 der einflussreichsten Araber der Stadt zur Folge hatte. Am 13. haben sich auch die Beni-Salah empört und in dem Walde gleichen Namens einen Geometer und zwölf Holzhauer ermordet. Das ganze Land ist weithin in vollem Aufstand und am 13. sind wieder Scheifs, auf die man rechnen zu können glaubte, desertirt. Der Oberst Dumarçay hat mit 1400 Mann eine Abtheilung der Aufständischen, bei der sich Weiber, Kinder, Heerden und Gepäcke befanden, in den Gebirgskluchten von Medhalas überfallen. Man sagt, daß Alles zusammengehauen wurde; auch hat man nur das Vieh und die Beute nach Ohelma bringen sehen. Die Ragzia war sehr bedeutend, 3000 Stück Vieh, und jeder Soldat hat eine ansehnliche Beute bei Seite gebracht. Der Hauptmann Mesmer ist bei einem Streifzuge von einem Araber, der alle Tage zu ihm zu kommen und seine Hände zu küssen pflegte, aus einem Hinterhalt erschossen worden. Auch in Constantine hat man eine Verschwörung entdeckt. Am 17. wurde der kleine Hafen von Calle um 10 Uhr Abends angegriffen. An demselben Tage wurde auch Barral von den Beni-Salah angegriffen, der Kanonendonner dauerte bis 2 Uhr, man kennt noch nicht den Ausgang des Gefechts; einem Gerüchte zufolge sollen die Bewohner von Barral fünf Gefangene der Beni-Salah erwürgt haben. Drei übereinstimmend operirende Kolonnen sind von Bahna, von Constantine und von Ohelma gegen die Insurgenten ausgezogen.

Seit 4 Uhr ist die Chaussee d'Antin gedrängt voll Neugieriger, welche die Abgeordneten zu dem großen Banquet im Saal Paganini ankommen sehen wollen. Das Diner, zu welchem auch viele Senatoren eingeladen wurden, wird erst um 6 Uhr beginnen. Mehrere Blätter haben Stenographen auf die Gallerien geschickt, welche die gehaltenen Reden aufzeichnen sollen.

Heute ist wieder die „Emancipation Belge“ mit einer großen Anzahl anderer belgischer Blätter auf der Post mit Beschlag belegt worden.

Der berühmte Luftschiffer Godard ist heute in Paris angekommen und hat seinen Freunden mitgetheilt, daß er Luftfahrt veranfaßten werde, wie sie noch nicht gesehen worden sind. Er will je nach der Richtung des Windes Luftreisen nach Madrid, Wien, Konstantinopel und Petersburg unter-

nehmen. Es steht gar sehr zu befürchten, daß der Wind dieser Windbeutelerei das Handwerk legt.

Auf dem Bahnhof von Valenciennes hat man bei einem jungen Menschen, der aus Belgien kam, eine Menge Briefe an die Hauptführer der revolutionären Partei im südlichen Frankreich, mehrere von dem verbannten Ex-Volksvertreter Pascal Duprat geschrieben, mit Beschlag belegt und den Träger, den Sohn des verbannten Mitglieds vom Berg, Rouet, verhaftet.

Der Unterrichtsminister Fortoul hat über Hrn. Valentin Parisot, Professor der ausländischen Literatur an der Fakultät zu Grenoble, die Strafe des Verweises vor dem akademischen Rath des Jfere-Departements verhängt, weil ein Blatt aus dessen Feder ein Gedicht veröffentlicht hatte, das dem Minister zufolge ein fortlaufendes Attentat gegen den gefunden Sinn und den guten Geschmack ist. In den Motiven sagt Hr. Fortoul, daß es einer einfachen Privatperson zwar vollkommen frei steht, durch Veröffentlichung schlechter Verse die Lächerlichkeit herauszufordern, daß aber dieselbe Freiheit einem Mitglied des höhern Unterrichts in der Literatur, der die wahren Prinzipien des Geschmacks fortzupflanzen soll, nicht gelassen werden darf.

Auf den Kriegsschiffen werden nun religiöse Uebungen für die Matrosen und Schiffsjungen von den Geistlichen der Schiffe vorgenommen.

Hr. Walsendin hat von der Akademie der Wissenschaften den Auftrag erhalten, die Temperatur, welche der neue artefizielle Brunnen von Rouen auf seinem Grunde hat, festzustellen. Dieser Brunnen bietet, wie der von Grenelle, der Wissenschaft viel Stoff zu merkwürdigen Beobachtungen.

Borgestern fand in der Kirche St. Germain l'Auxerrois die Vermählung der Tochter des kommandirenden Generals Magnan mit dem Escadronschef l'Opier statt. Mehrere Minister wohnten der Trauungszeremonie bei, und die Braut wurde mit einem kostbaren Hochzeitsgeschenk des Präsidenten überrascht.

Meyerbeer ist hier zu einer ärztlichen Konsultation angekommen.

Der Maire von Marseille hat mehrere Caffee's schließen lassen, in denen sich Spielgesellschaften zu versammeln pflegten.

Der diesjährige Kompositionspreis für die Zöglinge des Konservatoriums ist unter 85 Bewerbern einstimmig Hrn. Rollet zuerkannt worden.

Nachdem nunmehr die Sitzungsperiode des gesetzgebenden Körpers zu Ende gegangen, werden sich alle Abgeordneten zu einem Abschiedsbankett versammeln.

Großbritannien.

* London, 28. Juni. Die Königin wird am 1. Juli, wie man versichert, das Parlament vertragen, und nach vollbrachter üblicher Zeremonie wird von den Ministern den beiden Häusern angezeigt werden, daß das Parlament aufgelöst sei. Das neue Parlament soll nicht vor Mitte Oktober zusammenberufen werden.

Der „N. Yr. Z.“ wird geschrieben: Die deutsche Flüchtlingschaft beginnt seit einiger Zeit wieder rührig zu werden und will wiederholt eine „Verständigung der prinzipiellen Differenzen“ unter den verschiedenen Gliedern der „verfolgten Freiheitshelden“ herbeiführen. „Bürger“ Willich scheint in der oben angeedeuteten Richtung besonders thätig zu sein und hat bei dem Cafetier Göhringer — auch ein verfolgter „Volksbefreier“ aus Baden-Baden — in der Madox-Street eine Versammlung einberufen, durch welche eine „gemeinsame Thätigkeit gegen die Dpjetie der Tyrannie festgesetzt werden soll“. Von Kossuth und Anhang wollen die deutschen Volksbeglucker wenig oder gar Nichts wissen, seit nämlich der „große Agitator“ Ruge von dem „Ergouverneur“ kalt empfangen wurde, welcher dem Ersteren eine „demokratische Anleihe“ von 300 Pfund — zur „Unterstützung der deutschen Revolution“, welche ja auch die „Sache Ungarns fördere“ — abgeschlagen hat. Aus zuverlässiger Quelle kann

ich Ihnen auch berichten, daß von Kossuth ein Schreiben an das hiesige ungarische „Emigrationskomitee“ eingetroffen ist, worin der „große Magyar“ über einen nicht geringen Theil der Jantees klagt, welche „an vielen Orten“ keine besonderen Sympathien für die „heilige Sache“ Ungarns zeigten.

„Diese Amerikaner“ — heißt es weiter darin — „sind größtentheils ein im Materialismus verfunkenes Volk, keiner wahren Begeisterung für eine erhabene Sache fähig, wenn diese nicht klingende Münze als Interessen trägt.“ — Kossuth spricht noch in diesem Schreiben den Plan aus, nebst seinen in Amerika ausgeheilten „Nationaltheatern“, deren Einlösung bekanntlich erst von der künftigen „ungarischen Republik“ geschehen wird, noch die österreichischen Papiere „in Masse“ nachzuahmen, damit auf diese Weise der „moralische Ruin“ dem „physischen“ dieses „Erzfeindes der Freiheit“ Bahn brechen solle. Er will zu dieser Manipulation bereits die „nötigen Mittel“ in Amerika gefunden haben. In einem andern Schreiben verleiht sich Kossuth zu großartigen Ausflüchten, weil es ihm gelungen sei, den General Caff für die nächste Präsidentenwahl dem nordamerikanischen Volk allen andern Kandidaten voranzustellen. Der sehr ehrenwerthe General aber sei ein Anhänger seiner Nichtinterventionstheorie (oder genauer seiner Theorie von der Intervention zu Gunsten der Nichtintervention). Der Strohhalm dieser süßen Hoffnung ist leider jetzt auch gebrochen, da sich die nordamerikanische Demokratie bekanntlich nicht auf den General Caff, sondern auf den (gemäßigten) General Pierce geeinigt hat. — Kossuth beabsichtigt nach seiner Rückkehr aus Amerika, was im Herbst erfolgen dürfte, hier ein von ihm und der ungarischen Emigration geschriebenes Blatt herauszugeben.

Türkei.

* Konstantinopel. Die Pforte hat jetzt dem französischen Schraubenschiff Charlemagne die Erlaubniß zur Einfahrt in die Dardanellen erteilt.

Dem „Constitutionnel“ schreibt man aus Konstantinopel, daß Abbas Pascha in seinem Bericht an die Pforte über die Verschwörung seines Neims Said Pascha dessen Ausweisung aus dem ganzen ägyptischen Gebiet als Verchwörers verlangt. — Derselben Quelle zufolge ist in Syrien unter den Drusen des Hauran ein ernster Aufstand ausgebrochen. Sie wollen sich um keinen Preis der Militärpflicht unterwerfen, und haben den kaiserlichen Truppen schon mehrere Gefechte geliefert. Der Seraskier Mehemet Pascha hat sich mit imposanten Streitkräften auf den Schauplatz der Ereignisse begeben. Die Pforte soll ihm indessen die Weisung gegeben haben, erst nach der Ernte mit aller Kraft einzuschreiten, um das Land keiner Hungersnoth auszuweisen.

Im Paschalik Bagdad dauern die Unruhen ebenfalls fort. Zwei Brüder vom Stamme der Muntefik, Scheif Fous und Scheif Mansur, streiten sich um den Ehren-Kaslan, der den Titel als Stammesoberhaupt gibt. Dem Ersteren ist es gelungen, sich durch den Einfluß Ramif Pascha's die Ernennung Seitens der Pforte zu verschaffen, und sein Bruder hat sich nun an die Spitze kriegerischer Horden gestellt, mit denen er ihm den Krieg erklärt und bereits große Verheerungen im Lande angerichtet hat, wo die Hauptstädte schon nicht mehr sicher oder ganz gesichert sind. Den Drohungen der Pforte zum Trotz hatte obendrein der bekannte Baby Bey den Insurgenten 4000 Reiter zugeführt und sollte den Oberbefehl übernehmen.

Der englische Gesandte, Sir Stratford Canning, sollte am 18. d. seine Abschiedsaudienz beim Sultan haben, und im Laufe der Woche nach London abreisen, dabei aber Wien und Berlin berühren, wo er einen besondern Auftrag von der Königin erhalten hat. In der Münze zu Konstantinopel fertigte man einen prächtigen Brillant- und Smaragd-schmuck an, den der Sultan der Gemahlin des englischen Gesandten als Abschiedsgeschenk bestimmte. Dem „Journal des Debats“ zufolge hätte Sir Stratford Canning vom Sultan eine geheime Privataudienz gefordert. Die Konferenz,

die in den „Süßen Gewässern“ stattfand, war lang und der Sultan war hernach ziemlich übler Laune.

Eine englische Kompagnie will in fünf Jahren eine Eisenbahn von Konstantinopel nach Belgrad vollenden.

Neueste Post.

* Die nordamerikanischen Whigs halten zur Zeit eine Versammlung in Baltimore, um sich über Aufstellung eines Präsidentschaftskandidaten zu einigen. Ihre Männer sind Fillmore, General Scott und Webster. Die beiden Letzteren scheinen die meiste Aussicht zu haben.

Die holländische Regierung hat das Dekret aufgehoben, welches die Verwendung von Ausländern zu den vom Staate auszuführenden Bauten untersagte.

Die „Nat.-Ztg.“ schreibt von Hamburg, 27. Juni: „Die günstige Meinung für die schleswig-holsteinische Zwangsanleihe dauert fort. Gestern wurde sie zu 25 Brief, 24 Geld notirt und kam heute in der Börsenhalle auf 25 Geld.“

Einiges Aufsehen machen die bei Groote in Arnshöhe erschienenen „Sieben Gespräche über Staat und Kirche“. Der unbekannt Verfasser hat sie dem General v. Radowicz gewidmet, welcher die Widmung auch angenommen hat. Ihr Grundgedanke läuft auf den Konstitutionalismus und den Katholizismus hinaus, in denen der Verfasser die von ihm gewünschten Hebel erkennt, auf die sich Preußen zu stützen habe, um sich eine große Zukunft zu bereiten.

Die Wiener Polizeikonferenzen haben (wie die Berliner „Lith. Corr.“ versichern will) die politische Polizei fast ganz von ihren Berathungen ausgeschlossen; eben so sind Fragen über organische Angelegenheiten, wie über die Presse u., nicht berathen worden. Von Seiten Preußens war außer dem Polizeipräsidenten v. Hinkeldey auch der Polizeidirektor Schulze in Wien anwesend.

Frankfurter Kurszettel. 30. Juni.

(Aus dem Kursbericht vom Syndikate der Wechselbank.)

| Wechsel in fl. süddeutscher Währung. | |
|--------------------------------------|-------------------------|
| Amsterd. fl. 100 | 100 1/8 B. 1/8 G. |
| ditto | 3 M. |
| Augsburg fl. 100 | 120 1/8 B. 119 7/8 G. |
| ditto | 3 M. |
| Berlin Tplr. 60 | 105 3/8 B. |
| ditto | 3 M. |
| Bremen Tplr. 50 Ld. | 97 7/8 B. 3/8 G. |
| ditto | 3 M. |
| Hamb. B.M. 100 | 88 7/8 B. 5/8 G. |
| ditto | 3 M. |
| Leipzig Tplr. 60 | 105 1/2 B. 1/4 G. |
| ditto | 3 M. |
| London Ls. 10 | 120 1/8 B. |
| ditto | 3 M. |
| Paris Frs. 200 | 94 3/8 B. 3/8 G. |
| ditto | 3 M. |
| Wien fl. 100 | 101 1/2 bez. 100 3/4 G. |
| ditto | 3 M. |
| Diskonto | 3/8 bez. |

Geldkurs.

| | |
|---------------------|-----------------|
| Neue Louisd'or | fl. 11 6 fr. |
| Vikolen | 9 45 1/2 46 1/2 |
| ditto Preuß. | 9 57 1/2 58 1/2 |
| Poll. 10-fl.-Stücke | 9 55-56 |
| Randulaten | 5 38 1/2 39 1/2 |
| 20-Frankenstücke | 9 31-32 |
| Engl. Sovereigns | 11 58 fr. |
| Gold al Marco | 384-85 |
| Preuß. Thaler | 1 45 3/8 45 5/8 |
| 5-Frankenthaler | 2 21 1/2 22 |
| Hochhaltig Silber | 24 34-36 |
| Preuß. Kassen-Sch. | 1 45 1/2 45 3/4 |

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Todesanzeige.

D.266. Karlsruhe. Dem Allmächtigen hat es gefallen, meine Ehefrau, Ida Haak, nach einem längeren Lungenleiden in ein besseres Leben abzurufen. Sie starb in dem noch jugendlichen Alter von 28 Jahren am 30. Juni Mittags 1 Uhr.

Verwandte und Freunde werden meine Trauer um die liebe Verstorbene theilen.
Karlsruhe, den 1. Juli 1852.

Haak, Ministerialrath.

Reise-Karten.

Die so beliebten, durch Richtigkeit und Zweckmäßigkeit, wie durch Billigkeit sich auszeichnenden **Post-, Reise- u. Eisenbahnkarten von Mittel-Europa, von Handthe und Kunsch** (Verlag von C. Flemming), im Preise von 54 kr. bis 3 fl. 54 kr., elegant ausgestattet, sind fortwährend vorräthig in der **G. Braun'schen Hofbuchhandlung in Karlsruhe.**

D.257. Karlsruhe. Um den freundlichen Anfragen zu begegnen: ob die mit dem Karlsruher Tagblatt seinen Abonnenten gegebenen „Nachrichten und Aktenstücke“ in Bezug auf das höchst bedauerliche Ableben Sr. K. H. des Großherzogs Leopold und den Regierungsantritt Sr. K. H. des Prinzen und Regenten Friedrich von Baden, an die Stelle der in Nr. 119 der Karlsruher Zeitung, und Nr. 138 des hiesigen Tagblattes von Kanzleirath Schunggart unter dem Titel: „Badens Trauer und Badens Trost“ angefügten Brochüre getreten seien? wird hiermit bemerkt, daß dies keineswegs der Fall ist, diese Brochüre vielmehr die Presse dieser Tage verlassen

und ihre Verendung und Ausgabe an die resp. Vertheiler nur wegen der in Paris bei Lemerrier zu fertigenden und beigegebenden Bildnisse dieser beiden Durchlauchtigen für den noch einigen Aufschub erleiden wird. — Zugleich bittet man um baldgefällige Einsendung der noch ausstehenden Subskriptionslisten.

D.252. [2]2. Karlsruhe. Allgemeine Versorgungsanstalt im Großherzogthum Baden.

Bekanntmachung.
Der unterzeichnete Verwaltungsrath der badischen allgemeinen Versorgungsanstalt stellt sich veranlaßt, die Mitglieder, welche theilweise Einlagen in den Jahresgesellschaften 1835 bis 1842 gemacht, und solche noch nicht auf volle Einlagen ergänzt haben, auf die Bestimmungen der §§. 35 bis 41, 130 und 142 der Statuten aufmerksam zu machen, wornach ein Aufgeld bezahlt werden muß, wenn die Ergänzung der Theileinlagen, und zwar: in der IV. Klasse nicht vor dem 1. Januar 1853, „ III. „ „ „ „ 1858, „ II. „ „ „ „ 1863, „ I. „ „ „ „ 1873, erfolgt, und die Klassenrente bis dahin den Betrag von mindestens 8 fl. erreicht.

Nähere Auskunft hierüber kann dahier auf unserm Bureau und auswärts bei den betreffenden Geschäftsfreunden eingeholt werden.
Karlsruhe, den 21. Juni 1852.

Verwaltungsrath.

D.258. Nr. 2022. Karlsruhe. Bekanntmachung.



Vom 1. Juli ab werden von den Groß. Güterexpeditionen Baarenendungen nach allen Stationen der Main-Neckar-Bahn zu den Bedingungen,

wie sie die provisorischen Vorschriften für den Güterverkehr im mitteldeutschen Eisenbahn-Verbande enthalten, angenommen und direkt befördert. Der Tarif hierüber ist bei sämtlichen Güterexpeditionen gegen Zahlung von drei Kreuzern zu erhalten.
Karlsruhe, den 30. Juni 1852.
Groß. Post- und Eisenbahnamt.
v. Kleudgen.
vdt. Bernbacher.

D.262. Karlsruhe. Wohnungs-Vermietung.

Edle der Amalien- und Karlsstraße Nr. 19 ist der zweite Stock (bel-étage), bestehend in einem Salon nebst fünf in einander gehenden, tapizirten, sämtlich feinzainen Zimmern, Küche, Speisekammer, Keller, Holzplaz nebst sonstigen Bequemlichkeiten, sogleich oder auf den 23. Juli zu vermieten.

Charles Hauser.

D.259. Karlsruhe. (Gesuch.) Ein im Rechnungs- und Schreibfach erfahrener Mann, der über Thätigkeit und guten Wandel vortheilhafte Zeugnisse besitzt und eine gute Schrift schreibt, bietet seine Dienste gegen billige Vergütung an. Näheres Amalienstraße Nr. 33 in Karlsruhe.

D.260. (Stelle-Gesuch.) Ein junger Mann, welcher seine Lehrzeit in einem Spezerei- und Elenwarenen-Geschäft bestanden und gute Zeugnisse aufzuweisen hat, wünscht eine Stelle als Kommiss zu erhalten. Näheres bei der Expedition dies. Blattes.

D.264. [2]1. Karlsruhe. (Lehrerin-Gesuch.) Für ein Institut wird eine deutsche Lehrerin gesucht, welche ihre Mutterprache rein spricht. Wo? sagt die Expedition der Karlsruher Zeitung.

D.263. Karlsruhe. (Geschäfts-Anerbieten.) Ein Geschäft, worauf sich eine Familie gut ernähren kann — und das in einigen Tagen leicht zu erlernen ist, kann unter vortheilhafter Bedingung abgegeben werden. Näheres auf portofreie Anfragen bei der Expedition dieses Blattes.

D.269. [3]1. Karlsruhe. (Zu verkaufen.) Es ist eine Kalesche mit Vorderverdeck, noch im

ganz guten Zustande, nebst Pferdegeschirr um sehr billigen Preis zu verkaufen. Näheres bei Postfahrl. W. Lantermilch, Ritterstraße Nr. 3 in Karlsruhe.

D.261. Karlsruhe. Gut-Verkauf.

Wegen anhaltender Krankheit des Besitzers ist ein ganz nahe bei Baden gelegenes, zu dessen Gemarkung gehöriges Gut von 24 Morgen, mit anständigem Wohnhaus und herrlicher Aussicht, nebst schönen Stallungen, großem Garten, ungefähr 120 älteren und 550 jüngeren Obstbäumen, worunter die Hälfte Edelobst u. s. w., unter den annehmbarsten Bedingungen zu verkaufen und bei der Expedition dieses Blattes zu erfragen.

D.270. [6]1. Zell am Hammerbach. Zu verkaufen oder zu verpachten.

Ein **Gasthaus mit Fel-senkeller** und Brauereigeräthchaft ist billig zu verkaufen oder zu verpachten. Anfragen franco bei GFL in Zell am Hammerbach, Groß. Baden.

D.54. [3]3. Nr. 26.054. Mosbach. (Bekanntmachung.) Die Wittve des Georg Heinrich Raubendusch von Hammerbach, Anna Maria, geb. Fischer, hat um Einweisung in Besitz und Gewähr der Erbschaft ihres verstorbenen Ehemannes gebeten. Indem wir Dieses öffentlich bekannt machen, fordern wir diejenigen auf, welche etwa nähere Ansprüche zu machen berechtigt sind, dieselben binnen sechs Wochen dahier geltend zu machen, widrigen dem gestellten Ansuchen stattgegeben würde.

Mosbach, den 14. Juni 1852.
Groß. bad. Bezirksamt.
R o b e r.
vdt. A. v. Berg, Akt.

